

Wege zum Frieden in der Ukraine?

Im Krieg in der Ukraine sind Tausende ermordet worden, und es ist nicht sicher, ob die Waffenruhe halten wird. Der Konflikt um die Ukraine kann immer noch zu einem Krieg zwischen NATO und Russland eskalieren. Weder die NATO und EU noch Russland können eine Ausweitung des Kriegs wollen. Aber sie riskieren ihn. Sie drohen, provozieren, marschieren auf, besetzen und hetzen, rüsten auf, liefern Waffen und gehen dabei davon aus, dass die Gegenseite sich das gefallen lässt, ohne dass es zu einer größeren kriegerischen Eskalation führt. Eine solche konnte nun ein Jahr lang vermieden werden. Vor dem Ersten Weltkrieg war es ähnlich, bis es dann 1914 die Krisenbewältigung nicht mehr funktionierte.

Gefahr eines Atomkriegs

Ein solcher Krieg würde mit Atomwaffen geführt und Europa vernichten. Wegen des Ukraine-Konflikts wurde die „Weltuntergangsuhr“ wieder auf 3 vor 12 gestellt, d.h. die die Gefahr eines Atomkriegs wird so hoch eingeschätzt wie zuletzt 1984. Für die atomare Abrüstung ist der Ukraine-Konflikt ein Rückschlag. Der Ukraine war im Austausch gegen die Aufgabe ihrer Atomwaffen, von den führenden Atommächten die territoriale Integrität garantiert worden. Der Bruch dieser Garantie durch Russland unterminiert die Bemühungen um Nichtweiterverbreitung und Abschaffung von Atomwaffen weltweit.

Zwei Konfliktebenen

Es sind zwei Konfliktebenen zu unterscheiden: Erstens die innerukrainischen Konflikte, zweitens das geopolitische Ringen von NATO und EU einerseits und Russland andererseits um die Ukraine. Sowohl in der Majdan-Bewegung als auch in der Anti-Majdan-Bewegung sind durchaus berechtigte soziale Forderungen erhoben worden. Doch all dies ist zu einem Kampf zwischen zwei gegnerischen Nationalismen umgebogen worden.

Der ukrainische und der russische Nationalismus, die sich in der Ukraine gegenüberstehen, gleichen sich in vielerlei Hinsicht in ihrer Ablehnung von Liberalität und individuellen Menschenrechten. Auf beiden Seiten blühen Faschismus und Antisemitismus. Im Westen der Ukraine werden faschistische Massenmörder aus den 30er und 40er Jahren als Nationalhelden verehrt, aber auch in der Ost-Ukraine kämpfen russische Faschisten und Ultrationalisten. Die sozialen und ökonomischen Probleme der Ukraine werden dadurch keineswegs gelöst. Nationalismus und Faschismus sind keine Lösung, weder in der Ukraine noch irgendwoanders. Eine Lösung kommt auch nicht durch neoliberale Sparprogramme, Aufrüstung und Krieg.

Zusätzlich zum innerukrainischen Konflikt ist die Ukraine Objekt der geopolitischen Konkurrenz zwischen NATO, EU und Russland. Sie alle versuchen weiterhin, möglichst große Teile der Ukraine unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Fortsetzung der Konfrontationspolitik

Die USA setzen auf militärische Drohgebärden und Aufrüstung sowohl der NATO selbst als auch der Regierung Poroschenko in der Ukraine. Dazu gehören Manöver und Aufmärsche direkt an den Grenzen und im Schwarzen Meer. Die ukrainischen Konfliktparteien, sowohl die Regierung in Kiew als auch die ostukrainischen separatistischen Republiken, werden von außen unterstützt: politisch, finanziell, mit Militärhilfe, Söldnern und Freiwilligen.

EU-Staaten wie Deutschland und Frankreich bemühen sich, die militärische Aggressivität der USA zu zügeln. Die EU hat verstanden, dass sie militärisch nichts gewinnen kann. Aber sie setzt mit der Assoziation Moldawiens, der Ukraine und Georgiens genau die unheilvolle Ostexpansionspolitik fort, die Anfang 2014 zur Eskalation des Konflikts geführt hat. Abgesehen davon, dass diese Assoziierungsabkommen das neoliberale Wirtschaftssystem verbreiten sollen, das Ungleichheit und Massenarmut produziert, sollen sie die assoziierten Länder auch militärisch an die EU binden. Das allein schon macht diese Abkommen zu geopolitischem Sprengstoff.

Bei der Einverleibung der Krim beschwor Putin die gemeinsame Geschichte Russlands, nannte Kiew die Mutter aller russischen Städte und sprach von Wiedervereinigung des geteilten russischen Volks. Weitere Territorialforderungen sind also ideologisch bereits gerechtfertigt und könnten bei einer Eskalation des Konflikts ernsthaft verfolgt werden.

Massenhafte Kriegsdienstverweigerung

Unter Präsident Janukowytsch war 2013 in der Ukraine der Zwang zum Kriegsdienst ausgesetzt worden. Seit Mai 2014 schickt die Regierung in Kiew junge Männer wieder in Militär und Krieg. Tausende, möglicherweise Hunderttausende Ukrainer sind bereits vor der Zwangsrekrutierung geflohen. Ganze Dörfer wehren sich gegen die Zwangsrekrutierungen. Die Regierung Poroschenko verfolgt Kriegsdienstverweigerer und behindert die Ausreise von kriegsdienstpflichtigen Männern. Auch die Separatisten in der Ost-Ukraine rekrutieren zwangsweise. Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung wird von allen Seiten missachtet. Auch Litauen hat wegen des Ukraine-Konflikts im März 2015 wegen des Ukraine-Konflikts wieder mit der Zwangsrekrutierung angefangen. Die ukrainischen Kriegsdienstverweigerer benötigen Unterstützung und im Fall der Flucht Aufnahme.

Eingefrorene Konflikte

Selbst wenn die Kampfhandlungen enden und in der Ost-Ukraine sich der Föderative Staat Neurussland konsolidiert, entstünde ein weiterer sogenannter eingefrorener Konflikt, wie schon in Transnistrien, das sich selbst Pridnestrowien nennt, Abchasien, Süd-Ossetien und Berg-Karabach, der wieder eskalieren kann.

Deeskalation

Für die Friedensbewegung ist wichtig, jeden Militarismus, jeden Nationalismus und jeden Imperialismus abzulehnen und diejenigen in der Ukraine und in Russland zu unterstützen, die sich gegen Krieg und Nationalismus wenden.

Deeskalation ist dringend geboten. NATO, EU und Russland müssen aufhören, zu versuchen, die Ukraine in ihren Einflussbereich zu ziehen. Gewaltsame Grenzveränderungen sind nicht akzeptabel. Die Grenzen der Ukraine, die oft lediglich durch administrative Entscheidungen der Sowjetunion zustande kamen, müssen aber einvernehmlich und gewaltfrei verändert werden können.

Mögliche Schritte zum Frieden sind:

- Ein grundsätzlicher Politikwechsel auf internationaler Ebene: Abkehr von der Politik der Gewalt und Konfrontation und vom geopolitischen imperialen Denken in Einflussphären, stattdessen Entspannung, Kooperation und Beachtung des internationalen Rechts
- Schluss mit Kampfhandlungen, Manövern und militärischen Drohgebärden
- Entwaffnung und Auflösung der Bürgerkriegsmilizen und Privatarmeen
- Keine Waffenlieferungen
- Weitgehende Entmilitarisierung und Abrüstung
- Kein Zwang zum Kriegsdienst, Solidarität mit Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren
- International vereinbarte Militärbündnisfreiheit der Ukraine, Moldawiens und der südkaukasischen Staaten
- Dezentralisierung und Föderalisierung der Ukraine
- International vorbereitete und überwachte Volksabstimmungen über die Zugehörigkeit aller umstrittenen Gebiete mit Schutzbestimmungen für Minderheiten und Andersdenkende
- Wirtschaftliche Assoziationen, die sowohl Beziehungen zur EU als auch zu Russland ermöglichen

Nein zu Krieg, Nationalismus und Militarismus, für Frieden und friedliche Konfliktlösung!

*Rede von Dr. Gernot Lennert, Landesgeschäftsführer der DFG-VK Hessen
beim Mainz-Wiesbadener Ostermarsch in Mainz 2015*